Deep Research bei ChatGPT vom 16.3.25: Gibt es eine einseitige Berichterstattung, die an der Unabhängigkeit und Neutralität der Leitmedien zweifeln lassen?

Mediale Mechanismen: Nachrichtenagenturen und redaktionelle Prozesse

Ein wichtiger Faktor für ähnliche Berichte sind Nachrichtenagenturen und gemeinsame Quellen. Viele Medien übernehmen Meldungen von großen Agenturen wie AP, Reuters oder dpa beinahe wortgleich. Besonders Boulevard- und Pendlermedien bestreiten einen Großteil ihrer Auslandsberichte (teils über 60%) durch Agenturmeldungen

zora.uzh.ch
. Auch Qualitätszeitungen und öffentlich-rechtliche Sender greifen oft auf Agenturen, Social-Media-Inhalte (v.a. Twitter) und andere Medien als externe Quellen zurück
zora.uzh.ch
. Dieser “Agenturjournalismus” führt dazu, dass gleiche Fakten, Formulierungen und Perspektiven breit gestreut werden. Eigene Korrespondenten vor Ort sind hingegen seltener vorhanden – wo sie fehlen, steigt die Abhängigkeit von denselben wenigen Quellen.

Hinzu kommen redaktionelle Routinen und Vernetzungen im Journalismus. Redaktionen orientieren sich an Leitmedien und aneinander, was zu einem gewissen Echo-Effekt führen kann. Beispielsweise nutzen Journalisten oft andere Medienberichte oder teilen Informationen über Netzwerke und Social Media, wodurch ähnliche Storys zirkulieren

zora.uzh.ch
. In Krisenzeiten werden Berichte zudem häufig von offiziellen Pressemitteilungen, Briefings und Experteneinschätzungen gespeist, die allen Redaktionen gleichzeitig vorliegen. Redaktionelle Nachrichtenfaktoren (etwa der Drang, schnell zu berichten und dramatische Ereignisse herauszustellen) verstärken diese Konvergenz. So entsteht eine weitgehend einheitliche Nachrichtenlage, besonders zu Beginn eines Konflikts, wenn geprüfte Informationen rar sind und alle auf denselben Input angewiesen sind.

Staatliche Einflussnahme: direkte und indirekte Steuerung

In demokratischen Staaten sind Medien zwar formal frei, doch indirekte politische Einflussnahme kann eine gleichgerichtete Berichterstattung begünstigen. Regierungen setzen öffentliche Narrative und vermitteln ihre Positionen aktiv – etwa durch Pressekonferenzen, Hintergrund-Briefings oder gezielte Informationslecks. Gerade im Krieg greifen Journalisten oft auf Regierungs- und Militärquellen zurück

zora.uzh.ch
, was die Sicht der Regierenden überproportional präsent macht. Eine Untersuchung deutscher Leitmedien zeigte z.B., dass Regierungsakteure in der Ukraine-Berichterstattung etwa *viermal häufiger* zitiert oder erwähnt wurden als Oppositionsvertreter
otto-brenner-stiftung.de

. Dadurch prägten die Botschaften der Regierung – etwa Solidarität mit der Ukraine und Verurteilung Russlands – weitgehend den Nachrichtenfokus.

Manche Regierungen unterstützen die Medien finanziell oder rechtlich, was subtile Abhängigkeiten schaffen kann. Öffentlich-rechtliche Sender etwa erhalten staatlich festgelegte Gebührenmittel – ihre Berichterstattung ist zwar redaktionell unabhängig, aber politisches Umfeld und Aufsichtsgremien können indirekt Einfluss ausüben. Zudem können staatliche Maßnahmen die Medienlandschaft steuern: So verbot die EU kurz nach Kriegsbeginn die Verbreitung russischer Staatssender RT und Sputnik wegen Desinformation

reuters.com
. Diese *Deplatforming*-Entscheidung zielte darauf ab, gezielte Propaganda zu unterbinden, führte aber auch dazu, dass westliche Medien fast ausschließlich westliche/offizielle Sichtweisen verbreiteten. In der Ukraine selbst hat die Regierung aus Sicherheitsgründen zeitweise die Medien zentralisiert (Stichwort *United News* Programm) und den Zugang zu Frontgebieten reglementiert, um unkontrollierte Informationen zu begrenzen – eine verständliche Kriegsmaßnahme, die jedoch ebenfalls zur Vereinheitlichung der Berichte beiträgt.

Direkte Zensur oder staatliche Vorgaben für Medieninhalte – charakteristisch für autoritäre Systeme – gibt es im Westen kaum. Stattdessen wirkt politische Steuerung meist indirekt durch Agenda-Setting und den Gleichklang von Politik und Leitmedien. Westliche Politiker betonen etwa die moralische Eindeutigkeit (“Putins Angriffskrieg” vs. “freiheitliches Europa”), was viele Medien bereitwillig aufnehmen. Eine Studie weist darauf hin, dass die US-Regierung und große US-Medien unmittelbar nach der Invasion konzertierte propagandistische Anstrengungen unternahmen, um den Konflikt im Sinne der eigenen geopolitischen Position zu rahmen

mdpi.com
. Diese Ausrichtung der öffentlichen Kommunikation – teils aus Überzeugung, teils strategisch – sorgt dafür, dass Mainstream-Medien ähnliche Grundtöne anschlagen und Abweichungen vom offiziellen Narrativ selten sind.

Wirtschaftliche Interessen: Medienkonzentration, Finanzierung und geopolitische Faktoren

Die Eigentums- und Finanzierungsstruktur der Medien spielt eine zentrale Rolle bei der Homogenität der Berichterstattung. In vielen Ländern befinden sich große Medien bei einigen wenigen Konzernen oder vermögenden Eigentümern. Diese konzentrierte Medienkonzentration kann dazu führen, dass gewisse weltanschauliche oder geschäftliche Interessen der Inhaber die redaktionelle Linie prägen. Herman und Chomsky haben in ihrem Propaganda-Modell fünf strukturelle *Filter* beschrieben, welche die Medieninhalte formen. Zu den wichtigsten gehören die *Größe und konzentrierte Eigentümerschaft* von Medienunternehmen sowie ihre Gewinnerzielungsabsicht, und der dominierende Einfluss von Werbekunden als Haupteinnahmequelle

chomsky.info
. Nachrichteninhalte, die den wirtschaftlichen oder politischen Interessen der Eigentümer und Anzeigenkunden widersprechen, haben es in diesem Modell

schwerer, durchzudringen. Statt direkter Zensur wirkt hier eine subtile *Selbstanpassung* an das, was für das Geschäft förderlich ist.

Werbekunden und Sponsoren können Einfluss ausüben, indem sie bestimmte Inhalte implizit sanktionieren. Medien meiden z.B. allzu kontroverse Standpunkte, die das Anzeigenumfeld stören könnten. Ein Nachrichtenmagazin, das hauptsächlich von Unternehmen aus Rüstungs-, Tech- oder Energiesektor Anzeigen erhält, wird möglicherweise kaum eine Linie vertreten, die deren Kerninteressen fundamental entgegenläuft. Diese ökonomischen Überlegungen erfolgen meist unbewusst als Teil der redaktionellen Entscheidungen. Die Folge ist eine Ausrichtung auf einen Konsens, der mit den breiteren Interessen der wirtschaftlichen und politischen Eliten kompatibel ist

thecanary.co
.

Zudem beeinflussen geopolitische Geschäftsinteressen die Tonalität. Große westliche Medien agieren in einem Umfeld, in dem westliche *Investoren und Märkte* wichtig sind – eine kritische Haltung gegenüber westlichen Regierungen oder Verbündeten könnte indirekt geschäftliche Nachteile bringen. Medienanalysen zeigen auch, dass die Berichterstattung über Konflikte davon abhängt, ob die beteiligten Akteure Verbündete oder Feinde der eigenen Regierung sind. Opfer, die gegen einen vom Westen als Gegner definierten Staat kämpfen (z.B. Ukraine gegen Russland), werden als *“würdig”* und besonders unterstützenswert dargestellt, während solche in Konflikten mit westlichen Partnern weniger emphatisch behandelt werden

thecanary.co
. Diese doppelte Messlatte – Ukraine als Freiheitskämpfer vs. andere Krisen mit weniger Aufmerksamkeit – deutet darauf hin, dass die Außenpolitik und Machtinteressen westlicher Staaten indirekt die mediale Prioritätensetzung steuern. Kurz: Was dem geostrategischen Kurs entspricht (z.B. geschlossener NATO-Kurs gegen Russland), wird von den großen Medien tendenziell verstärkt und selten fundamental hinterfragt.

Soziale Dynamiken: Gruppendenken, Selbstzensur und Erwartungsdruck

Neben strukturellen Faktoren spielen psychologische und soziale Dynamiken innerhalb der Medien eine Rolle bei der Konformität. In Redaktionen und Journalistennetzwerken kann sich ein *Gruppendenken* entwickeln – eine Art informeller Konsens darüber, welche Sichtweise “angemessen” ist. Im Ukraine-Krieg besteht ein starker gesellschaftlicher Grundkonsens: Russland ist der Aggressor, die Ukraine das Opfer, Unterstützung für die Ukraine ist moralisch geboten. Journalisten sind selbst Teil dieser Gesellschaft und teilen oft diese Grundüberzeugungen. Die Gefahr ist, dass abweichende Perspektiven – etwa Kritik an ukrainischen Positionen oder Hinweise auf westliche Mitverantwortung – intern oder öffentlich schnell als unangemessen gelten. Dieser soziale Druck fördert Selbstzensur: Viele Medienschaffende unterdrücken vorsorglich eigene Zweifel oder unbequeme Fragen, um nicht anzuecken.

Eine weitere Dynamik ist “Flak” – Gegenwind oder harsche Kritik, der Medien bei abweichender Berichterstattung droht

chomsky.info
. Wer im westlichen Diskurs zu sehr von der Mehrheitsmeinung abweicht, riskiert beispielsweise, als “Putin-Versteher” oder unpatriotisch gebrandmarkt zu werden. Dieses potentielle negative Feedback von Publikum, Kollegen oder politischen Akteuren diszipliniert Medien subtil. So werden kontroverse Meinungen seltener publiziert oder in vorsichtiger Weise verpackt. Redakteure antizipieren die Reaktionen und vermeiden Beiträge, die starke Empörungauslösen könnten – selbst wenn solche Perspektiven journalistisch relevant wären. Insbesondere in Zeiten emotionaler Betroffenheit (etwa nach Gräueltaten im Krieg) herrscht ein unausgesprochener Erwartungsdruck, die Empathie mit dem Opfer (Ukraine) nicht zu relativieren.

Darüber hinaus glauben viele Journalistinnen und Journalisten aufrichtig, objektiv zu berichten – und *innerhalb* der etablierten Narrative tun sie das auch meist. Doch die strukturellen und sozialen Schranken sind so wirkungsmächtig,
dass Alternativnarrative oft gar nicht mehr in Betracht gezogen werden

chomsky.info
. Medienprofis verinnerlichen die gültigen Normen (z.B. “Russlands Alleinschuld am Konflikt”) und halten sie für selbstverständlich. Diese internale Gleichschaltung passiert ohne böse Absicht: Aus Solidarität mit der Ukraine und dem Wissen um russische Desinformationskampagnen neigt man eher dazu, ukrainischen Darstellungen Glauben zu schenken und russische Angaben sofort zu bezweifeln
zora.uzh.ch
. Mit der Zeit verfestigt sich so ein geschlossenes Deutungsmuster. Abweichende Stimmen – seien es friedensbewegte Intellektuelle, die früh zu Verhandlungen rieten, oder Experten mit unkonventionellen Analysen – finden in Leitmedien nur begrenzt Raum, weil sie nicht ins dominante Narrativ passen und Redaktionen auch die Erwartungen ihres Publikums berücksichtigen („Unsere Leser/Zuschauer wollen klare Kante gegen Putin“).

Russische Medienlandschaft: Struktur und Steuerungsmechanismen

Die Medienlandschaft in Russland unterscheidet sich fundamental von der westlichen. Sie ist stark zentralisiert und staatlich kontrolliert, was zu einer fast monolithischen Berichterstattung im Sinne des Kreml führt. Faktisch fungieren die meisten großen TV-Sender als Verlängerung der Staatsmacht: Die landesweit dominierenden Kanäle (Rossija 1, Perwy Kanal, NTW u.a.) gehören dem Staat oder staatsnahen Oligarchen. Täglich verfolgen rund 82 Millionen Russen diese Sender, die ihnen ein einheitliches Weltbild vermitteln

foreignpolicy.com
. Dieses Narrativ zeichnet ein feindseliges Umfeld, in dem Russland einen gerechten Kampf gegen das Böse führe – zum Beispiel wird die Ukraine als von Nazis unterwandert dargestellt, die NATO als Aggressor, und die eigene Armee als Befreier. Diese Propaganda-Maschinerie ist ein zentrales Instrument von Putins autokratischer Herrschaft, um die Bevölkerung auf Kriegslinie zu halten
foreignpolicy.com

Anders als in pluralistischen Mediensystemen wird die Botschaft in Russland top-down gesteuert. Es existieren *informelle Direktiven* und auch offene Anweisungen an Redaktionen, wie bestimmte Ereignisse darzustellen sind. So wurde bekannt, dass der Kreml Medienrichtlinien ausgibt – etwa wie über die ukrainische Gegenoffensive zu berichten sei (Schwerpunkt auf NATO-Einmischung, Erfolg Russlands betonen, Verluste relativieren)

themoscowtimes.com
. Journalisten in Staatsmedien agieren weitgehend im Rahmen dieser vorgegebenen Sprachregelungen. Abweichungen oder kritische Nachfragen zum offiziellen Kurs sind karriereschädigend oder sogar gefährlich. Insgesamt entsteht dadurch ein geschlossenes Meinungsbild in russischen Nachrichten, das kaum interne Widersprüche kennt.

Eine weitere Stütze dieses Systems ist harte Zensur und Repression gegenüber unabhängigen Medien. Seit Kriegsbeginn 2022 hat die russische Führung die Schrauben massiv angezogen: Unabhängige Nachrichtensender, Zeitungen und Internetportale wurden entweder direkt verboten, blockiert oder zur Einstellung gezwungen (bekannte Beispiele: Echo Moskwy, TV Dozhd, Nowaja Gaseta). Hunderte russische Journalist*innen sind ins Exil geflohen, weil kritische Berichterstattung im Land de facto unmöglich wurde*

cpj.org
. Neue Gesetze kriminalisieren jede Abweichung vom offiziellen Wording – bereits im März 2022 führte Moskau einen Straftatbestand für "Verbreitung falscher Informationen über die russischen Streitkräfte" ein
cpj.org
*. Schon die Verwendung des Wortes "Krieg" statt der Propagandaformel "Spezialoperation" kann mit bis zu 15 Jahren Haft geahndet werden. Diese drakonischen Maßnahmen haben eine Atmosphäre der Angst geschaffen. Selbst wenn nicht jedes Medium individuell kontrolliert wird, führt die allgegenwärtige Bedrohung dazu, dass verbleibende Journalist*innen sich strikt selbst zensieren. Das Ziel, so ein Vertreter der russischen Journalisten-Gewerkschaft, sei eindeutig, „die Leute zum Schweigen zu bringen … sodass sie … sich selbst zensieren"
cpj.org
.

Die russische Medienpropaganda stützt sich auch auf altbewährte Muster aus Sowjetzeiten – nur modernisiert. Staatliche Sender mischen patriotische Geschichtsmythen, Feindbilder und aktuelle Desinformation zu einem konstanten Strom an pro-Kriegs-Agitprop. Diese *Gleichschaltung* führt dazu, dass ein Großteil der russischen Bevölkerung kaum noch alternative Informationen erhält. Die Wirkung zeigt sich in Meinungsumfragen, die – trotz aller Vorbehalte gegenüber deren Glaubwürdigkeit – eine breite Zustimmung zur offiziellen Linie und zum Kriegskurs anzeigen. Diese Zustimmung wird künstlich hergestellt, indem gegensätzliche Stimmen fehlen und der Eindruck entsteht, *alle* stünden hinter der "militärischen Spezialoperation"

foreignpolicy.com
. Damit unterscheidet sich die russische Medienlandschaft gravierend von der westlichen: Während im Westen zumindest prinzipiell Vielfalt und Debatte möglich

sind (wenn auch eingeschränkt durch die genannten Mechanismen), gibt es in Russlands Massenmedien de facto *nur eine erlaubte Meinung*.

Fazit

Zusammenfassend beruht die weitgehende Übereinstimmung der Ukraine-Berichterstattung auf einem komplexen Zusammenspiel von Faktoren. Strukturelle Medienmechanismen – wie die Nutzung derselben Nachrichtenagenturen und Quellen – sorgen für ähnliche Faktenlagen und Narrative. Politische Einflussnahme geschieht im Westen vor allem indirekt durch Agenda-Setting und den Gleichklang von Regierung und Leitmedien, während autoritäre Regime wie Russland direkt mit Zensur und Propaganda steuern. Ökonomische Interessen und Medienkonzentration begünstigen eine Ausrichtung entlang der Linie mächtiger Eigentümer, Werbekunden und geopolitischer Allianzen. Gleichzeitig verstärken soziale Dynamiken in Redaktionen – Gruppendruck, Selbstzensur und öffentliche Erwartungen – die Tendenz, nicht aus der Reihe zu tanzen. Ein Vergleich mit der russischen Medienlandschaft verdeutlicht den Unterschied in der Ausprägung: Dort wird Konformität *erzwungen*, während sie im Westen eher *erworben* bzw. internalisiert wird. Dennoch resultiert in beiden Fällen ein ähnliches Phänomen: ein mediales Narrativ, das innerhalb seines Systems nur wenig Widerspruch duldet. Wichtig ist jedoch, diese Befunde differenziert zu betrachten – nicht als monolithische Verschwörung, sondern als Summe vieler Einflussfaktoren. So bleibt Raum für die Erkenntnis, dass Journalist*innen meist in guter Absicht handeln, jedoch in Strukturen eingebunden sind, die gewissen *Bias* begünstigen

chomsky.info
. Eine bewusste Reflexion über diese Zusammenhänge kann helfen, Berichterstattung kritisch einzuordnen, ohne in einfache Schwarz-Weiß-Muster zu verfallen.

Quellen: Nachrichtenanalysen, Studien und Berichte von Medienforschern, journalistischen Organisationen und internationalen NGOs (u.a. Otto-Brenner-Stiftung

otto-brenner-stiftung.de

zora.uzh.ch
, Forschungszentrum Öffentlichkeit
zora.uzh.ch
, Reuters
reuters.com
, Committee to Protect Journalists
cpj.org
, u.a.) bestätigen diese Einflüsse und bieten weitere Einblicke in die Dynamiken der Ukraine-Berichterstattung.